

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Belegungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Wolfsbau) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Wolfsbau). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 19

Sonnabend, den 9. Mai 1925

29. Jahrgang

Die Stärke unserer Gegner.

Ein alter Erfahrungssatz ist, daß man die Stärke der Gegner kennen muß, wenn man dieselben überwinden will. In weiten Arbeiterkreisen wird dies nicht genügend beachtet. Daraus entstehen dann Enttäuschungen und Mißverständnisse. Letztere äußern sich besonders in Mißtrauen gegen die Führer, denen man Verrat der Arbeiterinteressen vorwirft, weil sie nichts anderes getan haben, als ihre Kenntnis der Stärke der Gegner ihren Handlungen anzupassen. Die Massen, die mit solchen Widerständen nicht rechnen, sind dann auch leicht geneigt, „die Mitgliedsbücher hinzuerwerfen“, womit das Gegenteil erreicht wird, nämlich die Schwächung der Arbeiterbewegung und die Stärkung der Gegner. Diese oft fehlende Treue der Arbeiter zu ihren Gewerkschaften und die vorhandene Unkenntnis der Verhältnisse hat der Arbeiterbewegung schon sehr viel geschadet. Hier kann nur Aufklärung helfen. Wir wollen daher heute einmal einen Blick in die Organisation unserer Gegner tun.

Zuerst wenden wir uns den Gewerkschaften der Arbeiter zu. In der Krankenversicherung dürfte die Zahl der Versicherten gegenwärtig mindestens 21 Millionen betragen. Die Mitgliederzahlen der freien Arbeitergewerkschaften betragen Ende 1920 rund 8 Millionen, Ende 1923 rund 5 1/2 Millionen und Mitte 1924 rund 4 1/2 Millionen. Die christlichen Gewerkschaften hatten Ende 1923 rund 800 000 Mitglieder, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 300 000. Die Angestelltengewerkschaften aller Richtungen werden zusammen 1 Million Mitglieder haben, davon mehr als die Hälfte in bürgerlichen Angestelltenverbänden. Alle zusammen haben also rund 7 Millionen Mitglieder, das ist erst ein Drittel der Krankenkassenmitglieder. Das Verhältnis der Industriearbeiter allein ist allerdings erheblich besser.

Diese Zahlen geben zu allerlei Betrachtungen Anlaß. Einmal bekämpfen sich die organisierten Arbeiter derselben Richtung untereinander, außerdem bekämpfen sich die verschiedenen Richtungen gegenseitig, gleichgültig nebeneinander läuft die große Schar der Unorganisierten. Andererseits sind die verschiedenen Richtungen in den verschiedenen Teilen Deutschlands verschieden stark vertreten. So entfallen rund 1/4 der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf Rheinland-Westfalen, so daß sie mit ihren Mitgläufern oft nahe an die freien Gewerkschaften dieser Gebiete heranzureichen. Die Mitgläufern sind „Sympathisierende“ genannt, bedeutet für die Arbeiterbewegung „sympathisierend“ die „Stärke einer Bewegung liegt nicht in der „Sympathie“, sondern in ihren finanziellen Mitteln und der Treue ihrer Mitglieder.

In diesem Durcheinander und dieser Unzulänglichkeit der Arbeiterbewegung liegt der Schlüssel für die vielen Mißerfolge seit 1918. Noch so schöne Reden täuschen nicht über harte Tatsachen hinweg.

Bisher haben wir jedoch erst von den Zuständen in unseren Reihen gesprochen, jetzt kommen noch unsere eigentlichen Gegner, die Unternehmer. Die Arbeiter besitzen nur ihre Arbeitskraft, von deren Erlös sie unmittelbar leben, ihre Stärke liegt allein in den Gewerkschaften, daß der Zusammenfassung der Arbeitskraft. Immer bleibt bestehen, daß der Arbeiter dem Unternehmer seine Arbeitskraft nicht zu lange vorenthalten kann, weil er von derselben leben muß. Die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ist zwar ein weitgehender Schutz, der jedoch gemindert wird durch die vielen Indifferenzen. Demgegenüber ist der Unternehmer immer in der besseren Lage. Er ist der Besitzer des Kapitals und der Produktionsmittel, die er zwar auch vermehren muß, um aus dem Erlös seine Bedürfnisse zu befriedigen, die ihm aber doch auch gestatten zu warten, bis die Verhältnisse für ihn günstiger sind. Diesen Vorteil hat der Unternehmer immer, auch wenn er keiner Vereinigung angehört. Mit der wachsenden Stärke der Gewerkschaften wurde es trotzdem für die Unternehmer immer unvorteilhafter, ohne Verbindung mit den Berufsge nossen zu sein. Die Gewerkschaften konnten die Arbeitskraft durch Unterfügung ihrer Mitglieder bei Streik und Aussperrung so lange vorenthalten, bis auch dem Unternehmer der Atem ausging oder seine Profitenbindungen zu groß wurde. Die Unternehmer sahen sich gezwungen, sich ebenfalls nach dem Vorbild der Arbeiter zu organisieren. Das sprunghafte Anwachsen der Gewerkschaften seit 1918 und das kollektive Arbeitsrecht haben diese Entwicklung gefördert. Die soziale Arbeiterbewegung bearbeitet die Sozialpolitik, die Sozialgesetzgebung, das Arbeitsrecht, die Rechtsprechung usw. Sie sind es, mit denen die Gewerkschaften laufend zusammentreffen, denn diese Arbeitervereinigungen sind die Träger der Tarifverträge auf Unternehmenseite, sie stellen die Vertreter zu den von Arbeitern und den Unternehmern gemeinsam zu belegenden Körperschaften (z. B. der Sozialversicherung, Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsnachweise, Schlichtungsanschlüsse, Arbeitsgerichte usw.). Die Spitzenorganisation ist die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Die Gründung derselben erfolgte im Jahre 1913 mit 61 angeschlossenen Verbänden und 1 650 000 in den Verbandsbetrieben beschäftigten Arbeitern. Zu dieser Zeit hatten allein die freien Gewerkschaften 2 675 000 Mitglieder. 1920/21 hatte die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände rund 2000 Verbände und Unterverbände zu Mitgliedern, die sich auf rund 100 000 Betriebe mit rund 8 Millionen in denselben beschäftigten Arbeitern erstreckten. Zu dieser Zeit hatten die freien Gewerkschaften die gleiche Zahl von Mitgliedern. Seit 1922 werden keine Zahlen über beschäftigte Arbeiter mehr angegeben, was aber kein Zeichen der Schwäche, sondern darauf zurückzuführen ist, daß viele Unternehmer zu mehreren Vereinigungen gehören und daher Doppelzählungen unvermeidlich wären. 1922 umfaßte die Vereinigung des DAV 55 Reichsverbände, 76 Bezirksverbände, 85 Ortsverbände, die unmittelbar, und 1720 Unterverbände, die mittelbar angeschlossenen waren. Hierzu kommen dann noch die vielen nicht angeschlossenen Vereinigungen und auch die Innungen. Alles in allem eine gewaltige Macht, mit einem großen, mit vielen Akademikern besetzten Apparat, die noch dadurch verstärkt wird, daß es bei den Unternehmern weder wirtschaftlich noch politisch weitausgehende Trennungen gibt.

Während der Ausarbeitung dieses Artikels ist nun auch der sehr umfang- und ausschlüßreiche Geschäftsbericht 1923/24 der Vereinigung der DAV erschienen. Derselbe verzeichnet für Ende 1924 als Mitglieder 45 Reichsverbände, 80 Bezirksverbände, 65 Ortsverbände und 1268 Unterverbände. Eine Verbindung durch Kartellverträge besteht mit den Reichsarbeitgeberverbänden des Handels, der Versicherungen und der Banken. Auffällig ist der Rückgang um fast 500 Arbeitgeberverbände. Die Ursachen sind nicht angegeben.

Jedenfalls haben Zusammenlegungen stattgefunden, wie ja die Zusammenschlußbewegung bei den Gewerkschaften noch viel stärker in die Erscheinung tritt. Sicher ist eine Anzahl von Arbeitgebervereinigungen auch eingegangen, weil man glaubte, daß die Schwächung der Gewerkschaften und der dadurch mögliche Kampf gegen den Tarifvertrag die Vereinigung auf Arbeitgeberseite unnötig mache. Es darf nicht vergessen werden, daß die sozialen Arbeitgebervereinigungen die Gegenspieler der Gewerkschaften sind. Wenn die Unternehmer glauben, daß sie mit den Arbeitern allein fertig werden, dann brauchen sie keine Vereinigungen. Sicher ist jedenfalls, daß dieser Rückgang keine Schwächung der Macht der Arbeitgeber darstellt.

Damit verlassen wir die sozialen Arbeitgebervereinigungen und wenden uns der andern Form, den wirtschaftlichen Unternehmerverbänden, zu.

In sich ist der einzelne Unternehmer gegenüber dem einzelnen Arbeiter der weitaus Stärkere. Das bedarf keines Beweises. Die Hauptmacht der Unternehmer liegt aber in ihren wirtschaftlichen Vereinigungen. Diese haben sich unabhängig von den Gewerkschaften entwickelt und an sie kommen die Gewerkschaften auch heute nicht heran. Wenn es z. B. gelingen würde, die Ständeververtretungen der Unternehmer, die Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, paritätisch zu besetzen, dann würden sicher die wirtschaftlichen Unternehmervereinigungen die Hauptaufgaben an sich ziehen und die Gewerkschaften ständen wieder daneben.

Die Hauptform der Unternehmervereinigungen sind die Kartelle, deren wir in Deutschland an 2000 zählen. Das Hauptereignis in der Entwicklung der Kartelle war die Gründung des rheinisch-westfälischen Kohlenkartells, das im Jahre 1893 erfolgte und wodurch der Preisstand aller deutschen Waren gewissermaßen beeinflusst wurde. Die Hauptaufgabe der Kartelle ist die vorteilhafteste Verwertung der Erzeugnisse der Mitglieder. Das kann in mehr oder weniger tiefgreifender Form erfolgen, bis hin auf zu der Festsetzung von allgemein gültigen Preisen und der Zentralisierung des Verkaufs der gesamten Produktion durch das Kartell, so daß die einzelnen Unternehmen gar nichts mehr in finanzieller Beziehung mit ihren Kunden zu tun haben und jede Konkurrenz ausgeschaltet ist.

Diese Organisation kann zu einer besseren Ausnutzung des Produktionsapparates, zu einer geregelten Befriedigung des Bedarfs und zu einer Vereinfachung der Waren führen. In Wirklichkeit führen die Kartelle durch ihre Monopolstellung zur Hochhaltung der Preise, zur Einschränkung der Produktion, zur Niederdrückung der Konkurrenz, zum Mitstreifen der technisch rückständigen Betriebe und zur technischen Vernachlässigung der Werke. Die Produktion dient nicht mehr zur Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung, sondern nur noch zur Sicherung des Unternehmerprofits. Die günstigsten und technisch hochstehenden Werke streichen noch besondere Gewinne dadurch ein, daß sie die Waren billig herstellen, während die Preise nach den Herstellungskosten der technisch rückständigen Unternehmen festgesetzt sind (sogenannte Differenzialrenten).

Eine noch engere Form der Vereinigungen der Unternehmer sind die Konzerne (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Krupp, Röhmert, Siemens-Rhein-Elbe-Schudert-Union, Anilinonzern und viele andere), wo Unternehmen unter Beibehaltung ihrer formellen Selbstständigkeit sich zusammenschließen oder ein führendes Unternehmen durch den Besitz der Mehrheit der Aktien eine mehr oder weniger große Zahl von andern Unternehmen beherrscht. Die Wirkung dieser Maßnahmen kann so gut sein, aber sie ist tatsächlich so gefährlich für die Allgemeinheit wie bereits bei der Darstellung der Kartelle angegeben. Der gegenwärtige Staat ist macht- und willenlos gegen diese Entwicklung und die Arbeiterbewegung reißt ihre Kräfte unter sich selbst auf.

Auch die wirtschaftlichen Unternehmervereinigungen haben Spitzenorganisationen; deren mächtigste ist der Reichsverband der deutschen Industrie, weitere bestehen für den Handel, die Banken, die Versicherungen und die Landwirtschaft. Dieselben befassen sich mit der Zollpolitik, der Handelspolitik, der internationalen wirtschaftlichen Lage, dem inneren und äußeren Absatzmarkt, den Rohstoffmärkten, den Frachttarifen, kurz mit allen wirtschaftlichen Fragen. Weltanschauung ist bei diesen Körperschaften im Regelfalle Nebenache, der alleinige „Glaube“ ist der Profit. Ein Heer von Hilfskräften und Akademikern arbeitet in diesen Vereinigungen im Dienste der Unternehmer. Der Einfluß ist entsprechend groß.

Beide Arten von Arbeitgebervereinigungen haben sich im Jahre 1920 in einem Zentralausschuß der Unternehmerverbände vereinigt.

Eine geschlossene, mächtige Einheitsfront der Unternehmer steht den Arbeitern gegenüber. Diese sind gespalten nach Angestellten und Arbeitern, nach freien, christlichen, Hirsch-Dunderschen und sonstigen Gewerkschaften, mit einem Heer von Indifferenten im Rücken und unter sich im Bruderkampfe. Willentlich denken die Arbeitskollegen einmal nüchtern über diese Tatsachen nach. Dann werden sie einen Begriff bekommen von den gewaltigen Leistungen der freien Gewerkschaften gegenüber der überragenden Unternehmermacht. Die Arbeitskollegen werden nach dieser Kenntnis der Verhältnisse ihre ganze Kraft für die Stärkung der Gewerkschaften einsetzen, damit diese den langwierigen, harten und mühevollen Kampf um den Aufstieg der Arbeiterklasse führen können. Auch die Arbeitskraft ist unüberwindlich, wenn alle Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften und einzig sind wie die Unternehmer. npl.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Steinindustrie.

Wird im Vergleich zu verschiedenen anderen Industrien, die dauernd im In- und Auslande auf Absatz rechnen können, weil ihre Produkte zu den unumgänglich notwendigen Bedarfsgegenständen zählen, die gegenwärtige Lage und die Aussicht der Natursteinindustrie herangezogen, dann ergibt sich zweifellos für die Natursteinindustrie ganz allgemein gesehen ein Minus. Diese Feststellung ist durchaus nichts Fundamentales, sondern seit beinahe schon 20 Jahren eine Tatsache. Die letztere wurde noch verstärkt durch die dem Weltkrieg innewohnenden Begleiterscheinungen und seine Nachwirkungen bis zum heutigen Tage. Sie waren, wie ohne Nachweise zugegeben werden muß, für die gesamte Natursteinindustrie hemmend und einschränkend. Auf eine Besserung im allgemeinen ist in absehbarer Zeit kaum zu hoffen. Die zeitlichen und baulichen Einflüsse sind so zwingend, daß alle Rücksicht und Klagen

der Steinindustriellen, die von Zeit zu Zeit immer in derselben Aufmachung erhoben werden, an den tatsächlichen Verhältnissen abprallen. Prüft man nun aber die einzelnen Berufsgruppen in der Steinindustrie für sich allein, wie beispielsweise die Granit-, Schiefer- und die Marmorwarenfabrikation, dann bekommt die Sache schon ein anderes Aussehen. Darum ist es auch übertrieben, und vor allen Dingen falsch, alles in einen Topf zu werfen. Eine ganz besondere Ausnahme in der weiterverzeigten Natursteinindustrie macht in der Geschäftslage seit gut einem Jahre die Pflasterstein- und Schottergruppe. Hier kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die Ausnahme auf mehrere Jahre anhält. Diese unsere Annahme ist genau so berechtigt oder auch nicht berechtigt wie die der umfassenden Baustoffindustrie (Zement, Ziegel usw.), denn diese weiß, daß in jetziger und in kommenden Zeit viel, außerordentlich viel gebaut werden muß, um den Anforderungen der in Deutschland lebenden Menschen zu genügen. Wir glauben nähere Ausführungen darüber unterlassen zu können, trotzdem uns bewußt ist, daß beim Lesen dieser wenigen Zeilen und bei dieser Feststellung mancher Pflasterstein- und Schotterindustriellen den Atem anhält, um uns ins Wort zu fallen mit einem: „Aber . . .“, um seine Bedenken und gegenteilige geschäftliche Meinungen zu sagen. Wir lassen jedoch die sicher zu erwartenden Einwände nicht gelten, denn unser Hinweis hat die größere Wahrscheinlichkeit für sich. Auch lassen wir uns durch das Gerede von „Scheitersonjunktur“ ebensovornig täuschen, auch nicht dadurch, wie vor einigen Wochen in einer Zusammenkunft von Arbeitgebern und Arbeitern der Pflastersteinindustrie ein Bezirks-Syndikus darlegte, daß die Konjunktur in der Pflastersteinindustrie schon „vorüber“ sei. Alle diese geschäftlichen Behauptungen verfolgen einen ganz bestimmten Zweck, sie werden durch öftere Wiederholung allerdings nicht glaubhafter. Die Pflasterstein- und Schottergruppe ist augenblicklich und künftig demnach nicht mit dem einmündigen erwählten Minus belastet. Auch einige andere Gruppen, die bereits erwähnt wurden, sind vorläufig auszunehmen. Wie kann aber den übrigen geholfen werden? Wie kommen wir überhaupt zu dieser Frage?

Im „Deutschen Steinbildhauer“ und in den anderen technischen Fachblättern der Natursteinindustrie hat nicht zum ersten Male einer ihrer Vertreter die wirtschaftliche Lage schwarz geschrieben. Bald betrifft es Granit, bald Marmor, Werkstein, Grabmal, immer in hoffnungsloser Abwegung. Das ist im Grunde genommen ein wirkliches Graulichmachen aller Berufsangehörigen; denn über ihre Kreise reichen diese dauernden schriftstellerischen Bangenachreden nicht hinaus. Wir haben bisher noch in keinem führenden Organ der Bauwelt und in sonstigen maßgebenden Zeitungen irgendeine informierende Darstellung über die Lage, über den Rückgang der Natursteine verarbeitenden Industrie lesen können. Das bleibt, wenn man von den 2 oder 3 Natursteinkongressen früherer Jahre abliest, also immer hübsch im entgegengesetzten Rahmen der Berufsge nossen und ist damit eine Art schriftstellerische Inzucht. Es fällt uns augenblicklich keine andere Bezeichnung dafür ein, denken aber, daß schon begriffen wird, wie es gemeint ist.

Im „Steinbildhauer“ ist es diesmal Herr Dr. Ing. Steinlein in München, der in der wirtschaftlichen Lage der Steinindustrie herumradert. Seine ganze Abhandlung ist eine einzige Jamboree, wo auch die Gewerkschaften hineingezogen werden. Gewiß haben wir als die größte Gewerkschaft der Arbeiter in der Natursteinindustrie keine Veranlassung, auf jede solcher Abhandlungen einzugehen, auch wenn sie unseren Augen falsch erscheint. Aber wenn ein Steinindustrieller-Berichter, wie in vorliegendem Falle, mehr Faltsches als Wahres durcheinanderwirbelt und dabei auch noch versucht, die Gewerkschaften für seine Auffassung und anderes verantwortlich zu machen und sogar glaubt, sie apostrophieren zu müssen, dann muß diesem Steinindustrieller-Berichter doch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, was mit seinem Klageleid eigentlich los ist. Die staaliche Auffassung und Einschätzung, die aus dem betreffenden langen Aufsatz des Herrn Dr. Steinlein herausleuchtet, ist so überlebt, daß sie nach unserer Meinung mit der Zeit ganz von selbst einschläft infolge der ihr innewohnenden Altersschwäche; darin ändert auch nach unserer Meinung die Reichspräsidentenwahl vom 26. April nichts. Eine Widerlegung der Steinleinischen Staatseinschätzung wäre lediglich ein Versuch am untauglichen Objekt; denn wir gehen gewiß nicht fehl in der Annahme, daß alle die großen und kleinen Steinmetzmeister und Steinindustriellen, die sich um den Artikelshreiber im „Steinbildhauer“ scharen und die alle Hilfe vom Staat und nochmals vom Staat erwarten, dem beinahe 80-jährigen Hindenburg am 26. April ihre Stimme gegeben haben. Nicht weil er klug und staatsmännlich durchgebildet wäre, nein, nur weil er nach ihrem Instinkt die Person ist, die das frühere System und Regime vertritt. Jene Zeit, wo der frühere Staat so nett und beschützend über gewisse politische und wirtschaftliche Privilegien seine „starke“ Hand hielt und dabei jede andere Regung gegen diese Privilegien so exakt mittelst Autorität, und wenn's not tat mit dem Bajonett oder Schußmannsfaßel unterdrückte. Dies alte Regime, mit dem noch so mancher Steinmetzmeister sich eng verbunden fühlt, soll nun der alte Mann aus Hannover wieder aufziehen. Die Nachwachsterrolle des Staates für den Besitz soll wieder kommen! Und jene, die nun immer jammern, die immer nach der Staatshilfe rufen, die haben auf diese Hilfe sachlich und persönlich nicht die geringste Berechtigung, weil sie in ihrer politischen Kurzsichtigkeit den jetzigen Staat — als ganzes betrachtet — nur schädigen und untergraben. Nicht mit voller Absicht, das wollen wir Ihnen gern zugestehen, doch ihr ganzes Tun und Handeln, im wählen, tadeln, jammern und kritisieren, läuft darauf hinaus. Welche Wirkung nun der 26. April 1925 für das Geschäftsleben der deutschen Steinindustrie im In- und Auslande hat, werden wir hoffentlich noch alle — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — erleben. Wir befürchten, daß die Wahl einem Bärenbrot den Belangen der Industrie überhaupt gleichkommt. Wir fühlen uns natürlich nicht berufen, etwa den Steinindustriellen gute Lehren zu geben, das ist nicht unsere Aufgabe und vor allen Dingen auch nicht unser Wille. Doch das vorstehende ist die Reflexion von der Jamboree, die zur Hebung der Natursteinindustrie nur den Staat sieht und ihn anruft, dabei aber das Zunächstliegende unter die Füße tritt.

Die Gewerkschaften sind nun das Schreckbild, das immer herangezogen wird, wenn irgendein Unternehmer mit seiner eigenen wirtschaftlichen Lage unzufrieden ist. So geht es Herrn Dr. Steinlein ebenfalls, zumal die Gewerkschaften sich nicht so betätigen, wie er es gern wünscht. Ihr Verhalten ist nach Meinung des Herrn Dr. Steinlein sogar mit schuld, daß die Konkurrenz im Jahre 1924 sich so unheimlich vermehrte. Diese Feststellung des Steinindustrieller-

Vertreter, ist wirklich zum Grinsen! Der gute Mann, aber schlechte Musikant, muß doch schließlich wissen, was jeder einigermaßen geschult Steinarbeiter weiß, daß dieses Durcheinander von Geschäft und Unternehmungen im Jahre 1924 kommen mußte, weil er die Jahre vorher gewisse Gesetzesbestimmungen aus der Kriegszeit das verhindern Rein vernünftiger Mensch in Deutschland wird dem ungelunden, nun wieder zusammenschumpfenden Wasserlof bei den selbständigen Geschäft und Unternehmungen in Deutschlands Gauen irgendwie nachhimmeln, nur Herrn Dr. Steinlein geht es anscheinend recht nahe. — Dann meint er noch:

„Die Gewerkschaften müßten einsehen, wenn sie sich an dem wirtschaftlichen Aufbau des Reiches wirklich und ernsthaft beteiligen wollen, daß für die Lohnhöhe immer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe maßgebend bleibt, sinkt diese, geht nach und nach das Betriebskapital verloren. Noch ernster sollten es in dieser Beziehung die Schlichtungsämter nehmen...“

Ja, wir kennen diesen alten Schmerz, würdigen ihn nur nicht, denn uns hat die Erfahrung etwas anderes beigebracht. Die Situation ist doch so: Anfang 1924 hat man als Unternehmer auf die Lebenslage und auf die Existenz der Steinarbeiter absolut keine Rücksicht genommen, auf den wirtschaftlichen Aufbau des Reiches ebensowenig, sondern sah nur sich und das gefährdete Betriebskapital. Gewiß waren damals wenig Aufträge vorhanden und wenig flüssiges Geld, aber trotzdem wurden 9 und 10 Stunden Arbeitszeit verlangt zu einem Spottlohn, der dazu noch mit einem Heiligenschein umwoben wurde, genannt: Goldpfennige! Nun hat sich das Blättchen gewendet. Aufträge liegen vor, dazu braucht man Arbeiter! Die Warenpreise allgemein sind statt nach unten nach oben gerückt. Nun kann selbstverständlich nicht gewartet werden, bis nach Auffassung des Unternehmers die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Betriebes eine Lohnhöhung gestattet. Darauf warten, wäre der den Arbeitern bekannte St. Nimmerleinstag! Es kann auch nicht gewartet werden, bis etwa die Warenpreise sinken. Nein, jetzt wird ein Lohn verlangt, dessen Höhe bei 8-stündiger Arbeitszeit auch der Familie des Steinarbeiters gestattet, zu leben. Herr Dr. Steinlein und alle seinesgleichen können sich zur Not nehmen: der augenblickliche Stundenlohn entspricht noch längst nicht den Anforderungen ans Leben! Wenn die Arbeitsgelegenheit in der deutschen Steinindustrie bleibt, wie augenblicklich, dann können die Steinarbeiter, denen ein entsprechender Lohn vorenthalten wird, mit Leichtigkeit und ohne Gewissensbisse den Arbeitgeber mit seinem ängstlich behüteten Betriebskapital allein lassen, vielleicht hilft dies Mittel ganz radikal im Verständnis der Arbeitgeber für bessere Arbeiterentlohnung. Summe und immer wieder muß auf den Vergleich des beiderseitigen Einkommens zur Befriedigung des nackten Lebens gedrängt werden. Wenn die Hausfrauen jener Kreise, die auch so oft über die „hohen“ Löhne „ihrer“ Arbeiter jammern, nur einige Male das zum Lebensunterhalt hätten, wie die Steinarbeiter, wir glauben, die Jammerei über die Löhne der Arbeiter würde wenigstens in der Dessenlichkeit recht bald verschwinden. Bisher hat sich auch noch jeder Arbeitgeber einschließlich Dr. Steinlein wohl gehütet, etwa rechnerisch darzulegen, was vom fertigen Steinprodukt nach Abzug der Gewinnungs- und Herstellungskosten (einschließlich Arbeiterlohn und der wirtschlichen Unkosten) eigentlich übrigbleibt für die Lebenshaltung des Arbeitgebers und zur Betriebskapitalbildung. Mit beweislosen Klagen allein ist uns und anderen nicht gedient, wenn eine zweimäßige Klärung erfolgen soll.

Kneuzdings wird bei allen Lohnverhandlungen von den Vertretern der Steinindustriellen mit Vorliebe das Argument von einer drohenden neuen Inflation benutzt, um die geforderte Lohnhöhung energisch zu bekämpfen. Auch Herr Dr. Steinlein läßt die neue Inflation in seinem Artikel aufmarschieren. Dies Argument hat wahrscheinlich irgendein Syndikus in einer Arbeitgeberzentrale ausgeheckt, dann als Material herausgegeben und nun leiert man es in allen Tonarten gegen die dummen Arbeiter herunter. Dies beweisklose und in sich durchaus hohle Argument lasse man nur den verdorren, der es fabriziert hat. Dagegen sollten Industrievertreter, die in der Dessenlichkeit noch etwas gelten wollen, sich doch hüten, mit solchen Argumenten zu kommen. Wir können auch nicht annehmen, daß der kaufmännische und technische Leiter eines größeren Betriebes diese Verdummungssprache selber glaubt; er würde im entgegengesetzten Fall seine Abnehmer gewiß recht derdacht anschauen, wenn diese zu ihm sagten: „Hören Sie, die verlangte Preiserhöhung Ihrer Marmorprodukte macht nur die Bahn frei für eine neue Inflation!“ Wir glauben bestimmt, in diesem Fall würde der Betriebsleiter vor sich hinhimmeln: „O sancta simplicitas.“

Dann werden von Herrn Dr. Steinlein die „Belange der deutschen Steinindustrie“ im einzelnen besprochen. Unser Raum gestattet leider nicht, seine Ausführungen im vollen Wortlaut abzurufen. Unsere Verbandsmitglieder hätte gewiß interessiert, wortgetreu zu lesen, was diesen einzelnen Herrn für die gesamte Natursteinindustrie so sehr bedrückt. Vor allen haben es ihm die neu abgeschlossenen Reichsarbeitsverträge angetan, weil bei diesen Abschlüssen nicht die kleinen Meister gefragt und ihre Race berücksichtigt wurde. Der Vertrag sei nur zugunsten der Arbeitnehmer abgeschlossen und enthalte nichts, was für den Meister ein Entgegenkommen bedeute. Der Arbeiter stehe am Schluß der Waage seinen Lohn ein, ohne sich darum zu kümmern, wo er herkomme. Nach diesen recht naiven Feststellungen bekommt dann der Reichshotterverband einen Rüssel, weil er bei dem Reichsmantelvertrag keine Rücksicht auf die andere Steinindustrie genommen habe (Marmor, Granit, Gneis). Der Reichshotterverband sei überhaupt viel zu entgegenkommend gewesen. Diese Töne haben lange vor Dr. Steinlein schon andere gesprochen, sogar sehr stark tuende Herren, auch solche mit dem Dr. Titel. Aber ihr rabiaties Pfeifen wurde später doch durch die Tatsachen umgebildet zu einer einigermaßen verständlichen Melodie. Und wenn nun der Münchner Steinindustrie-Vertreter diese längst verklungenen Töne wieder nachzusprechen versucht, dann wollen wir es an dieser Stelle nur recht deutlich aussprechen, was es damit auf sich hat: Es ist nämlich der engherzige Krauterpunkt, der in der Natursteinindustrie schon immer seine Triumphe gefeiert hat! Soweit nun die Tarifabschlüsse und das Nörgeln darüber in Betracht kommen, können wir Herrn Dr. Steinlein und seinesgleichen nur den, nach unierer gewerkschaftlichen Auffassung einzig richtigen Rat geben, sich bei all seinen wirtschaftlichen und politischen Betrachtungen und bei seinen beruflichen Rälsonnements etwas von der materialistischen Geschichtsauffassung der sozialistisch geschulten Arbeiterschaft aneignen, dann hat er

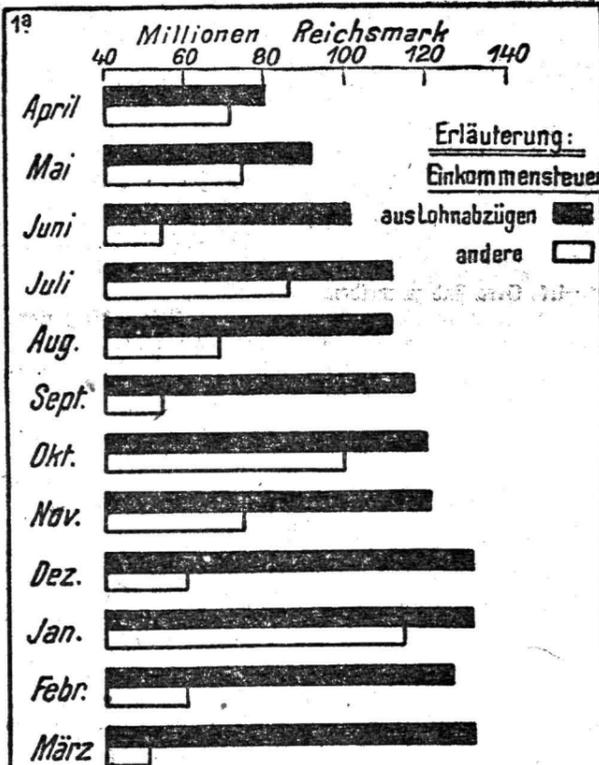
Wie die Steuerzahler im letzten Steuerjahre herangezogen wurden.

In einer jetzt bekanntgegebenen Denkschrift hat es die Regierung abgelehnt, die Inflationsgewinne zu besteuern. Sie begründet dies u. a. damit, daß, wollte man die Umrechnung genau vornehmen, einige tausend Beamte notwendig seien, um diese Arbeit zu bewältigen. Demgegenüber muß die Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit zu Gemüte geführt werden, daß sie es ist, die den Hauptteil der Steuerlasten zu tragen hat. Es gibt keinen besseren Anschauungsunterricht, als das Steuerjahr 1924. Auf beigefügtem Schaubild ist eine der wichtigsten Steuerkategorien herausgegriffen worden, um die Steuerlast der Besitzenden und Besitzlosen zu zeigen.

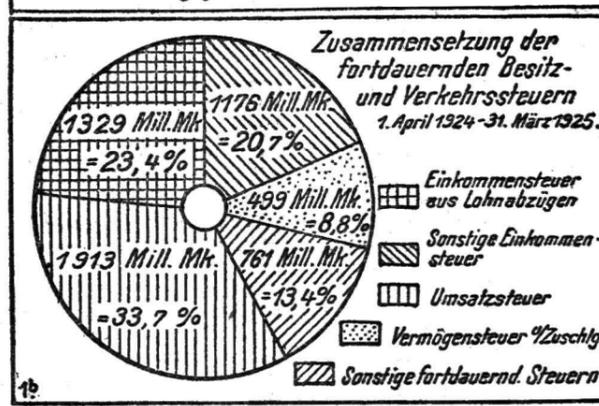
Die fettgedruckten Säulen auf dem Schaubild stellen die Lohnsteuer dar, die von den Arbeitern, Angestellten und Beamten allein aufgebracht werden mußte. Die darunter befindlichen kleineren Säulen zeigen den Teil der Einkommensteuer, der von den Besitzenden, Gewerkschaften usw. aufgebracht wurde. Man sieht aus der Zeichnung, daß im ersten Vierteljahrmonat sich die Besitzsteuer erhöht. Dies ist daraus zu erklären, weil bisher in den betreffenden Monaten Vorauszahlungen zu leisten waren. Hinfort sollen die Vorauszahlungen wegfallen, so daß sich für die Zukunft vielleicht noch ein ungünstigeres Bild ergibt. Im Monat März 1925, wo die Ermäßigung auf die Steuern der Besitzenden bereits wirksam war, überträgt die Säule der Lohnsteuer diejenige der Besitzenden ganz gewaltig.

Eine der schlimmsten Steuern ist die Umsatzsteuer, da diese bei jedem Warenumschlag erhoben wird und somit das Preisniveau sehr ungünstig beeinflusst. Da die Geschäftsleute diese Steuer auf die Warenpreise einfach draufschlagen, muß die Umsatzsteuer in der Hauptsache von der großen Masse getragen werden. Von den Besitz- und Verkehrssteuern entfallen auf die Umsatz- und Lohnsteuer 57 Prozent. Ferner befinden sich in dieser Steuerkategorie noch kleinere, die Fahrkartensteuer u. a., die ebenfalls von der Masse getragen werden müssen. In dem Schaubild nicht enthalten sind die indirekten Steuern und die Zölle. Mehr als eine Milliarde mußte als Abgabe bei dem Verbrauch von Tabak, Bier, Zucker, Branntwein, Salz usw. geleistet werden. Es bedarf keiner Begründung, daß auch diese auf den Massenverbrauch beruhenden Steuern von dem arbeitenden Teil der Bevölkerung aufgebracht werden mußten. Dasselbe ist der Fall bei den Zöllen, die eine Einnahme von 356 Mill. Mk. erbrachten.

Möge sich ein jeder diese Zahlen einprägen. Erst dann wird er erkennen, welche Verblüdung darin zu erblicken ist, daß Hindenburg mehr als 14 Millionen Stimmen bekommen konnte. Nirgends hat sich das Wort besser bewahrheitet, daß nur die allergrößten Käber sich ihren Weg selber wählen. Das Steuerjahr 1924/25 zeigt auch dem Denkfaulten, wohin die Reise geht, wenn die Arbeiterschaft sich nicht ermannt und ihre Geschicke selbst in die Hand nimmt.



Die Ertragnisse der Einkommenssteuer im Rechnungsjahr 1924/25 (1.4.24-31.3.25).



das Berliner Sprichwort: „Spiegelberg, ist kann dir!“ Dann meint er weiter:

„Der Steinmetzmeister leidet unter ungeheuren steuerlichen Abgaben, genießt aber andererseits keinen behördlichen Schutz vor Surrogaten.“

„Der Steinmetzmeister leidet unter ungeheuren steuerlichen Abgaben, genießt aber andererseits keinen behördlichen Schutz vor Surrogaten.“

Dann wird eine Lanze eingelegt für den deutschen Marmor. Die Marmorindustrie müsse leider noch ganz erhebliche Mengen Marmor einführen, „um unsere Sägereien und Arbeiter beschäftigen zu können.“ Diese Fürsorge wäre wirklich rührend, wenn sie den Tatsachen entspräche. Wir sind bisher noch immer der unwiderlegbaren Meinung gewesen, daß die Marmor eingeführt wurden, nicht etwa um die Arbeiter zu beschäftigen, sondern um der Nachfrage zu dienen, die Beschäftigung der Arbeiter geschieht doch wohl nur so nebenbei als ein eisernees A u f, weil es sonst ja gar nicht möglich wäre, die Nachfrage nach Marmorprodukten zu decken. Und dann höre man doch auch endlich mal auf, in der Dessenlichkeit immer wieder von dem guten deutschen Marmor in Bausch und Bogen zu

leben. Gewiß gibt es einzelne gute deutsche Marmore, aber ein ganzer Teil von dem, was bis jetzt so mit Lungentrost und Bruderschwärze als gutes deutsches Steinmaterial angepriesen wird, bedeutet für die Arbeit des Sägers, Steinmetzen und Schleifers einfach eine Schinderei und bleibt im Fertigungsprodukt ein abscheuliches Flickenwerk von „Naturstein“. Man muß sich nur wundern, daß immer und immer wieder Fachleute sich hier etwas vornehmen, trotz aller vorliegenden praktischen Erfahrung. Wenn es durchaus notwendig erscheint, können wir auf diesem Marmorreklamiergebiet noch deutlicher werden.

Dann hat Herr Dr. Steinlein noch Arbeiterorganisationsmaßnahmen, die kammern uns weniger, obwohl wir darüber auch unsere besondere Auffassung haben, denn uns will schier dünken, daß man den Organisationsgeist nicht stärken kann, indem man der rücksichtslosesten Auffassung im Berufs-, Geschäfts- und Wirtschaftsleben Konzessionen machen will, und jene Kreise, die in einem verhältnismäßig sehr geringen Zeitraum organisatorisch, geschäftlich und wirtschaftlich mehr geleistet haben als fast alle anderen seit gut 60 Jahren. Im Grenfall ist bekanntlich ein Fortschritt immer schlecht zu begreifen, auch wenn das Alter, wie in diesem Fall, weniger auf die Personen gemünzt ist als auf die Organisation. Aber wie gesagt, das geht uns als Gewerkschaft der Arbeiter weniger an. Wir sind allerdings so frei und wenn man will, auch so froh, darüber ein Urteil zu fällen. Die berufliche und organisatorische, auch die persönliche Erfahrung gibt uns dazu ein gewisses Recht.

Am Schluß werden nun noch einmal die Gewerkschaften vorgerufen, sie sollten sich mehr darum kümmern, daß die Arbeiter mehr „an die Sonne gehen“ statt in die Kantinen, und die Steinarbeiter nicht mit dem Zigarettenrauch den Staub einzuhauchen. Bei vernünftiger Lebensweise sei der Steinmetzberuf gewiß nicht schädlicher als ein anderer. Es sei einfach unverantwortlich, wie in München geschehen, wenn die Eltern gewarnt werden, ihre Jungen in die Steinmetzlehre zu senden. Dann wird noch etwas über den vermaledeiten Kammern gesagt und der Artikel schließt dann mit dunklen politischen Hinweisen und Andeutungen.

Wenn die Naturstein-Industrie noch mehr solche Vertreter paradiere ließe, die in dieser „großzügigen, umfänglichen“ Weise über die wirtschaftliche Lage orakeln, sich dabei aber nur selbst bloßstellen, dann könnte es einem wirklich leid tun. Leid deshalb, weil man die kampfhaften Bemühungen sieht, das Rad der Entwicklung rückwärts zu drehen und wenn das schließlich doch im einzelnen zu schwer fällt, dann wird unbefümmert um die Nebenwelt, der Fortschritt von vorn nach hinten angelegt. Es mag ja jetzt, daß bei solchen einzelnen Betrachtungen, wie sie uns in der lang-a Abhandlung von Herrn Dr. Steinlein vorliegt, südlicheres Klima und Milieu nicht ganz unschuldig sind auf ihre Form und ihren Inhalt, aber trotzdem werden die „Belange“ der großen Natursteinindustrie auf diese Art durchaus nicht gewahrt. Diese Belange sind in dem Artikel auch viel zu kurz gekommen. Wir sagen es frei und offen und mit voller Ueberzeugung: Der Artikel im „Deutschen Steinbildhauer“ mutet uns an wie die Beside eines alten Steinmetzmeisters, der die Zeit einfach nicht mehr versteht. Dem die gewerkschaftlichen Tarife mit dem unerhörten Arbeitsurlaub, der 8-Stunden-Tag und die Stundenlöhne über 50 Pf. hinaus, einen furchtbaren Schrecken eingeblüht haben. Ueberall sieht er nun Inflation und rennt dabei gegen offene Türen. Wir, von der Redaktion des „Steinarbeiter“ möchten ganz gewiß sehr gern helfen, um das Schreckgebilde zu bannen, wissen aber dafür nur den einen Rat, daß die Filiale des Steinarbeiterverbandes in München dafür sorgen möge, in dem Betrieb dieses betätigten Steinindustrie-Vertreters immer eine gut gefüllte Steinarbeiterbelegschaft vom Hilfsarbeiter bis zum Steinmetzen und Bildhauer zu besitzen. Eine Belegschaft, die kein Jota von ihren gewerkschaftlichen Löhnen, Arbeitszeit und Ferien zurückweicht. Nur auf diese Art kann der Meister-Schrecken endgültig gebannt und die wirtschaftliche Lage der deutschen Steinindustrie endlich aus der Schwarzmaterei in die richtige Beleuchtung gerückt werden.

Moderner Straßenbau in Bayern.

Herr Friedr. W. Koll, Pflastermeister, München — Verfasser mehrerer wertvoller Werke über das Kleinpflaster — behandelte in der Tagespresse das obige Thema. Die Auslassungen sind nicht nur für den Straßenbau in Bayern, sondern für das gesamte Pflastergewerbe, also einschließlich der Pflasterstein- und Schotterindustrie, von Wert. Wir geben sie deshalb vollinhaltlich wieder: Herr Koll knüpft an einen Bericht in einer Münchner Zeitung an, über einen Vortrag des Generals Jse in der Technischen Hochschule mit Lichtbildern, der nach den einleitenden Worten eines Vertreters der Obersten Baubehörde den Zweck hatte, den für die Landstraßen maßgebenden Stellen einen Ueberblick zu geben, nach welcher Richtung durch die Automobilmotorisierung eine Verbesserung der Straßenbefestigung notwendig und möglich ist. Nur großstädtische Straßen kommt eine solche Technik fast gar nicht in Frage, da hierfür die Automobilmotorisierung eher eine Erleichterung, als eine Erschwerung bringt.

Für die gesamte Fachwelt wird diese Frage gegenwärtig durch eine eigene Deutsche Studiengesellschaft untersucht und kommt hierfür eine Masse von Einzelheiten in Frage, deren Darlegung in der Tagespresse nicht gut möglich ist. Es wird daher in nachfolgenden Ausführungen auf die Angelegenheit nur insoweit eingegangen, als notwendig ist, um zu verhindern, daß der eingangs erwähnte Vortrag zu Maßnahmen führt, welche überflüssige oder gar schädliche Auswirkungen hervorrufen könnten.

Nach Ansicht des Vortragenden wäre der sogenannte Stein-Schlagasphalt die geeignetste und wirtschaftlichste Straßenbede: diese Bauart wird von ihm selbst vertreten und möchte auch in Bayern eingeführt werden. Daraus ist schon ersichtlich, daß es sich um eine einseitige Interessen-Darstellung handelt und daß daher die Zweckmäßigkeit vor umfangreicher Einführung reiflich geprüft werden muß.

Dem Fachmann drängen sich folgende Bedenken auf: Die Anwendung der vorgeschlagenen bituminösen Straßenbeden im großen erfordert nach den Lichtbild-Beschreibungen riesige Maschinen, die angeblich nur in England zu haben sind. Es ist kaum glaublich, daß nicht auch deutsche Ingenieure und Maschinenfabriken in der Lage sein sollten, für den gleichen Zweck geeignete Maschinen zu bauen; im Gegenteil werden sie wahrscheinlich Verbesserungen bringen können; denn tatsächlich werden von deutschen Firmen jetzt schon ähnliche Maschinen geliefert, die viel handlicher, zerlegbar und daher leichter zu transportieren sind. Jedenfalls ist für uns nicht einmal das maschinelle Verfahren neu und daher auch keine Notwendigkeit gegeben, die Sache durch ausländische Firmen oder auch ihre inländischen Ableger machen zu lassen. Daß diese wirtschaftlich nicht von geringer Bedeutung ist, wird an späterer Stelle bewiesen.

Die tragende Konstruktion für die Stein-Schlagasphaltbede besteht nach dem Vortrag in Holland aus einer Kleinfußplatte, die in den Lichtbildern einmal als regelrecht geflickte Kollierung (Weglage) und einmal als Schüttung gezeigt wurde. Diese Bauart ist selbst nach der ohne weiteres möglichen Verbesserung nur ein minderwertiger Notbehelf, der bei unseren Verhältnissen ausscheidet und daher nicht weiter kritisch betrachtet werden soll.

Im Verlaufe des Vortrages wurde vom Redner selbst darauf hingewiesen, daß Kleinpflaster und sogar Grobpflaster nicht zu entbehren und zu ersetzen sei, sondern weiter ausgebaut werden müsse. Da aber deren Herstellung sehr teuer und langsam ist, müsse nebenher und zwischenteils die von ihm vorgeschlagene Straßenbefestigung angewendet werden, die jedenfalls viel dauerhafter und auch billiger sei als unsere bisherigen alten Maschinenstraßen. Diese Behauptung zwingt zur Betrachtung der wirtschaftlichen Auswirkung:

Herr General Jse nannte als Quadratmeterpreis für eine Stein-Schlagasphaltbede 8 bis 9 Mark und eine Lebensdauer je nach Beanspruchung von 10 bis 25 Jahren, wobei jedoch alle 2 bis 3 Jahre eine Schutzschicht aus reinem Bitumen aufgebracht werden müsse.

1. sofort die Erklärung, warum der Schottertarif, so wie er ist und nicht anders, zum Abschluß kam. Ohne alle die wichtigen und sonstigen kleinen und großen Meister in der übrigen Steinindustrie zu fragen.
2. Ist er dann sofort auch im Bild, warum der zweite Reichsarbeitsvertrag abgeschlossen wurde.
3. hätte er sofort auch den Schlüssel, warum die Münchner Meister dem Schiedspruch zur Streikbeendigung zugestimmt haben und
4. wäre es ihm ein leichtes, seine eigenen Beweggründe gegen den 8-Stunden-Tag klar zu erkennen und weiter, warum die Arbeiter an dieser Arbeitszeit so sehr hängen.

Die materialistische Auffassung verhindert ihn auch, daß volkswirtschaftlich im Kreise herumgelaufen wird und führt in die Wirklichkeit mit ihren ehernen Gesetzen zurück. Weiter wollen wir nichts! „Der 8-Stunden-Tag“, so sagt Dr. Steinlein, „ist das übelste Geschick, das die Revolution dem deutschen Arbeiter brachte“, das sagt dieser Steinindustrie-Vertreter mit einer Unverfrorenheit die geradezu föhlich ist. Anschließend daran drückt er bekümmert seine Besorgnis aus über die Entbehrungen und Einschränkungen, die die Arbeiter und ihre Familien erleiden, weil die Konjunktur nicht ausgenutzt werden kann durch längere Arbeitszeit. Das ist allerdings fatal aber die Sorge um die Arbeiterfamilien gleicht den bekannten Krokodilstränen, es paßt darauf

Demnach sind Ihre Gesamtkosten nach 15 Jahren, also nach fünfmaliger Erneuerung der Schutzschicht mit jedesmaligem Kostenanfall von nur 250 Mark per Quadratmeter angenommen, etwa 20.50 Mark bis 21.50 Mark. Für eine 25jährige Gebrauchsfähigkeit fällt eine einmalige Erneuerung der Schutzschicht an und erhöht sich die bis dahin angefallenen Kosten demnach auf 28 bis 29 Mark per Quadratmeter.

Für eine 15jährige Lebensdauer betragen also die Durchschnittskosten für 1 Quadratmeter und Jahr 1.40 Mark, für eine 25jährige dagegen rund 1.10 Mark. Von da ab muß mit der vollständigen Erneuerung gerechnet werden.

Kleinpflaster, wie wir es lange Zeit in Segmentbogenform sachmännlich herstellen, also kein solches, wie es von Egzellens Ilse in mangelhafter Ausführung im Lichtbilde vorgeführt wurde, kostet heute unter sonst gleichen Voraussetzungen 13 Mark. per Quadratmeter, ist unter den neuen Verkehrsverhältnissen von unbegrenzter Haltbarkeit und erfordert an sich gar keinen Unterhalt mehr. Nimmt man nur 25jährige Haltbarkeit hierfür an, die wir bei gutem Material und sorgfältiger Ausführung sogar in der Zeit der Eisenbereitung und der pferdebepannten Fuhrwerke erreichten, so ergibt sich ein Durchschnitts-Jahres- und Quadratmeterpreis von 0.52 Mark (Zweihundfünfzig Pfennig), wird aber auf 50jährige Lebensdauer ausgeglichen und eine solche kann mindestens angenommen werden, nachdem die Eisenbereitung bereits ganz gefallen ist und die pferdebepannten Fuhrwerke bestimmt noch fester werden, so ergeben sich nur 26 Pfennig per 1 Quadratmeter und Jahr. Bei sorgfältiger Herstellung des Untergrundes kann die Lebensdauer für sachmännlich gewissenhaft ausgeführte Steinpflasterung unter den neuesten Verkehrsverhältnissen ohne weiteres — wie schon gesagt — als unbegrenzt angenommen werden, womit sich die Durchschnittspreise noch wesentlich verringern. Dabei ist interessant, wie sich die Aufwendungen verteilen. Vom Stein Schlag- und Asphaltpreis fallen auf Material rund 4 Mark, so daß bei maschineller Herstellung für die Gesellschaft 4 bis 5 Mark verbleiben. Der Kleinpflasterpreis enthält für Material allein rund 10 Mark, so daß für Ausführung per Hand und Verdienst höchstens 3 Mark verbleiben. Die als rickständig bezeichnete handwerkliche Ausführung kommt also wesentlich billiger als der Maschinenbetrieb, wahrscheinlich allerdings nur deswegen, weil die Gesellschaft mit wesentlich höherem Nutzen rechnet.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich auf lange Zeit um jährliche Herstellungen von etwa 50 Kilometer Länge handeln dürfte, die für den neuen Verkehr mindestens 6 Meter breit durchgeführt werden müßten, das sind also jährlich 300 000 Quadratmeter. Für eine übereinstimmend angenommene Lebensdauer von 25 Jahren beträgt der Kostenunterschied per Quadratmeter 15 Mark, so daß eine Mehrausgabe von 4.5 Millionen Mark bei Vermeidung von Stein Schlag- und Asphalt entsteht. In Anbetracht der tatsächlich längeren Haltbarkeit der Kleinpflaster wäre die wirkliche Mehrausgabe noch weit größer. Betrachtet man die beiderseitigen Ausführungskosten nach Abzug der Materialwerte, so ergibt sich hierin ein Unterschied von rund einer halben Million Mark zugunsten der Kleinpflasterung. Ob in Anbetracht dessen der technische Fortschritt der maschinellen Ausführung gegenüber der handwerklichen Methode zu bevorzugen ist, kann jedem Steuerzahler zur Beantwortung überlassen bleiben.

Vollständig ist dabei jedenfalls noch zu beachten, daß Bayern eine hochentwickelte Steinindustrie hat, in der wohl einige tausend Arbeiter beschäftigt werden, während andererseits Rohmaterial für bituminöse Decken aus dem Ausland bezogen werden muß. Wir sind es leider gewöhnt, daß die breite Masse beispielsweise urteilslos italienische Früchte in großen Mengen kauft; aber die Behörden und Kemter sollten ohne äußersten Zwang Rohmaterialien und Maschinen vom ehemals feindlichen Ausland nicht beziehen, lieber sogar einige Mark im Inland mehr bezahlen, als unser rares Geld ins Ausland schicken.

Wenn dieser Kostenunterschied für Großpflaster nicht ganz so groß wird, so ist aber doch auch dieses für die wenigen Ausnahmefälle, in denen es künftig noch zur Anwendung kommen wird, günstiger als die propagierte Keuerung. Mit einem wirtschaftlichen Vorteil des angepriesenen Verfahrens gegenüber unserem Steinpflaster ist es also nichts. Dagegen wird nicht bestritten, daß es besser wäre als unsere bisherigen alten Masadamisierungen. Aus nachstehenden Ausführungen geht jedoch hervor, daß letztere zweckmäßiger durch Pflasterung ersetzt werden als durch Stein Schlag- und Asphalt.

Egzellens Ilse hat die Einführung dieses Belages noch damit empfohlen, daß er sich in Holland, England und Amerika sehr bewährt und ausgebreitet habe. Man kann dahingestellt sein lassen, ob die bisherige Pflasterung bereits ausreicht, ein abschließendes oder auch nur für uns maßgebendes Urteil zu fällen; denn die Verhältnisse liegen bei uns nicht nur klimatisch, sondern auch geologisch wesentlich anders. Jedenfalls müßte noch die Wirkung der Tatsache berücksichtigt werden, daß in Amerika und England nur 2-3 Tonnen Lasten üblich sind, während wir in Deutschland viel schwerere Lastwagen bauen. Gätten wir Bitumen im Lande wie die Amerikaner und Engländer, so könnten wir uns über die oben erwähnten Bedenken leichter hinwegsetzen. Würden umgekehrt England und Amerika unsere guten deutschen Gesteine und deren Bearbeitungsindustrie haben, so würden sie jedenfalls davon Gebrauch machen. Wir haben um so weniger Ursache etwas anderes zu tun, als wir verarmt sind und unter großer Arbeitslosigkeit leiden, die nicht zu vergrößern, sondern durch Beschaffung von umfangreichen Handarbeiten im eigenen Lande zu mildern ist.

Schließlich wurde von Herrn General Ilse auf ein neues Straßenbau-System Dr. Deidesheimer aufmerksam gemacht, das im letzten Herbst vom Straßen- und Flußbauamt Speyer angewendet worden sei. Auch hier genügt die verfloßene Zeit noch lange nicht, um von Bewährung sprechen zu können. Es kann jedoch mit großer Bestimmtheit angenommen werden, daß es sich nicht bewährt. Solange der angepriesene Großschlag in Kleinpflastergröße nicht mit seinen Flächen im Straßenprofil nebeneinander geordnet ist, ähnlich wie wild verlegtes Kleinpflaster, solange kann doch keine ebene Oberfläche mit einseitigem Widerstand gegen Verkehrseinwirkungen erwartet werden. Die Dampfwalze behält bekanntlich Steine, die mit einer Kante in der Straßenoberfläche erscheinen, nicht erst um, sondern läßt sie mit der scharfen Kante oben heraus-schauen; die glatten Seitenflächen bleiben dabei im Innern der Decke. Je größer aber der Stein Schlag eingebaut wird, desto größer werden die Fugen. Wenn diese auch, wie mitgeteilt, mit Steingrus und Splitt eingelassen und gewalzt werden, so bleibt es doch ausgeschlossen, daß sie auf die gleiche Widerstandsfähigkeit wie die Steinflächen gebracht werden können. Durch die so entstehenden kolossalen Widerstandsunterschiede muß die Straßenoberfläche sehr rasch schlecht werden.

Gefahren muß ohne Zweifel für die Automobilisierung auf dem Gebiete der Straßenpflege sehr viel und auch sehr rasch. Das darf aber nicht dazu führen, daß übereilt Verfahren angewendet werden, welche von vornherein als unwirtschaftlich bezeichnet werden müssen. Die Beratungen der Deutschen Studiengesellschaft werden ja voraussichtlich eine Klärung bringen. Bis dahin dürfte es sich gerade für das steinreiche Bayern empfehlen, an dem bei uns bewährten Steinpflaster festzuhalten und hiervon möglichst ausgiebigen Gebrauch zu machen. Das gilt aber auch für die Städte, und zwar besonders nach der Richtung, daß die sogenannten geräuschlosen Pflasterungen nunmehr aufgegeben werden können, denn für den neuzeitlichen Kraftwagenverkehr sind die sogenannten geräuschlosen Decken nicht mehr notwendig und damit fällt auch hierfür das Bedürfnis, vom Auslande Holz und Bitumen zu kaufen.

Werden bei Kleinpflaster die Fugen mit einem deutschen Teerprodukt gedichtet, so ist damit die Staubentwicklung ebenfalls auf wirksamste bekämpft. Mit solchem Pflaster wäre jedenfalls den gewählten bayerischen Interessen besser gedient als mit der Anwendung unbekannter, nicht genügend erprobter Verfahren.

Stichwahl-Resultat.

Die Stichwahlen zum Verbandstag in Weimar haben folgendes Resultat ergeben:

- Wahlkreis:
1. **Striegau:** Gorlt 1493, Jahn 863, Gärtner 710, Seidel 574. Gewählt: Alois Gorlt und Paul Jahn-Striegau.
 2. **Häselicht:** Brenzel 847, Reimann 737, Krodter 590, Weisse 465. Gewählt: Fritz Brenzel-Häselicht und Clemens Reimann-Strädell.
 3. **Bunzlau:** Beilharz 302, Königseder 208. Gewählt: Fritz Beilharz-Löwenberg.
 4. **Mittweida:** Kunze 446, Pfeiffer 280. Gewählt: Joseph Kunze-Mittweida.
 5. **Blauen:** Bauer 288, Heine 288. Durch das Los Heine-Leipzig gewählt.
 6. **Braunlage:** Horn 409. Gewählt: Paul Horn-Widemann.
 7. **Alvensleben:** Stapel 335, Montag 250. Gewählt: Otto Stapel-Hannover.
 8. **Reusheim:** Weidenhammer 512, Kraus 438. Gewählt: Fritz Weidenhammer-Hemsbach.
 9. **Niederlamitz:** Schreier 425, Gögler 325. Gewählt: Heinrich Schreier-Bernsd.
 10. **Kirchentamitz:** Bauer 461, Pauch 264. Gewählt: Hans Bauer-Tröbau.
 11. **Weißenstadt:** Wolfrum 218, Kaufmann 100. Gewählt: Johann Wolfrum-Rödig.
 12. **Weiten:** Heimkreiter 201, Stadler 244. Gewählt: Michl Heimkreiter-Metten.
 13. **Reuthen:** Kotiza 180, Pfeife 158. Gewählt: Oskar Kotiza-Breslau.
 14. **Nißersleben:** Preisch 194, Böttcher 187. Gewählt: Karl Preisch-Salle.
 15. **Bielefeld:** Kirfel 205, Brintmann 110. Gewählt: Matthias Kirfel-Köln.

Adresse der Lokalkommission: Karl Thiel, Weimar, Schröterstraße 55, I.

Die Adresse vom Verbandstagslokal lautet: Volkshaus, Weimar, Buitestädter Straße 8.

Für jeden Teilnehmer am Verbandstag ist Logis besorgt. Wer kein Logis braucht, bestelle es bei der Lokalkommission ab.

Der Jahrgroupentag der Steinseher beginnt am Sonntag, 17. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Volkshaus.

Der Gesamt-Verbandstag am Montag, 18. Mai, vormittags 9 Uhr.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Kohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und -bearbeitung): In Reihem (Kalkarbeiter). In Bremen. In Norkod (Firmen Lüders und Giese vorm. Heinig). Steinbruchbesitzer Benda, Grimma, Torgau, Wurzen (Streik und Absperrung). In Dresden und Bonn (Steinsehergewerbe).

Gesperrt. In Detmold Firma Hugo Meier. — In Dobbringt der Betrieb von Koppe. — In Meßing der Betrieb Emil Brizius und in Hochstätten der Betrieb Johann Schneider (beide lassen entgegen einer Verbindlichkeitsklärung des Landesrichters im Afford arbeiten). — In Bielefeld der Zwischenschlichter: Steinweg Hunger, — die Schleifereibetriebe in Meissen. — Firma Grastaf, Bräckenbau, Helmkeiter Straße 5. Braunschweig für Steinseher. — In Saargemünd (Granitwerk Schäffer). — Nach Bauholder in das dortige Granitwerk von D.-Ing. Paul Burger lehnt jeder Kollege ein Arbeitsangebot ab. — Die Steinseherbetriebe in sämtlichen Ortshäfen des Tarifbezirks Gera sind zu meiden.

Zugzug fernhalten! Außer von den Orten, die unter Streik und Sperrung genannt sind: von Königsberg i. Pr., von Eßen und Stuttgart (Steinseher), von Oberpölan (Ja. Thust hat sämtliche Granitsteinseher und -schleifer entlassen). Vorstehende Orte gelten für die Steinbearbeitung. Im Straßenbau von Gersfeld, Mühlstein und Umgebung, dem sogenannten Münsterland.

Erlebte Bewegungen: Streik in Daxler bei Meissen.

Dänemark. Infolge der großen dänischen Arbeiterausperrung wurden auch die dortigen Steinarbeiter ausgesperrt. Es ist selbstredend, daß jeder Zugzug ferngehalten ist.

Zum Kampf im Bezirke Wurzen-Grimma. Wie bekannt, stehen die Kollegen der Pflasterstein- und Schotterindustrie genannter Bezirke seit 8 Wochen in Streik und Aussperrung. Die Unternehmer verfolgen nun mit Flugblättern und Artikeln in den hiesigen bürgerlichen Blättern die Ueberflüssigkeit dieses Streiks nachzuweisen; sie stellen diesen Streik sogar als „wild“ hin, trotzdem die Kollegen die vorgeschriebenen Schlichtungsinstanzen vollständig ausgeschöpft haben. Der Appell, der in diesen Artikeln und Flugblättern der Steinbruchbesitzereinigungen an die übrige Bevölkerung gerichtet wird, verschweigt natürlich die wahren Ursachen des Kampfes und stellt auch keine objektive Darstellung der bisherigen Verhandlungen dar. Im ersten und im zweiten Flugblatt, das über die letzten Verhandlungen am 28. April berichtet, wird in recht einseitiger Weise behauptet, daß die Kollegen überhaupt nicht darüber unterrichtet sind, warum sie in den Streik traten, daß dieser Streik vielmehr nur durch die Führer der Organisation in Szene gesetzt worden ist, um ihren Einfluß zu vergrößern.

Wie es mit den „objektiven“ Angaben überhaupt bestellt ist, geht schon daraus hervor, daß im ersten Flugblatt behauptet wird, die Kommissionsmitglieder hätten in der ersten durch Veranlassung der Kreisbaupolizei Leipzig stattgefundenen Verhandlung jedesweches Entgegenkommen abgelehnt. Diese Behauptung wurde aufgestellt, trotzdem in dieser Verhandlung unsere Verhandlungskommission einen Vermittlungsvorschlag unterbreitete, der von der ursprünglichen Forderung fast nichts übrig ließ. Dieser Vermittlungsvorschlag, der das weitestgehende Entgegenkommen aussprach, wird einfach verschwiegen, sonst könnte ja die Deffenlichkeit erfahren, auf welcher Seite die wahren Schuldigen des Kampfes zu suchen sind. Denselben Zweck verfolgt das zweite Flugblatt, das anlässlich der vom Schlichter für Sachsen für den 28. April einberufenen Einigungsverhandlung herausgegeben wurde. Auch dieses Flugblatt verfolgt wiederum den Zweck, den Steinbruchbesitzereinigungen als den Schuldigen an der Verlängerung des Kampfes hinstellen. Nach langer Verhandlung vor dem Schlichter boten die Unternehmer bis Ende September eine Zulage von 6 Pfg. auf die jetzigen Stundenlöhne und 10 Prozent auf die Affordbäse, die sie dann nach Ablehnung für den Monat Mai befristeten. Ueber die Regelung der Löhne für die Folgezeit sollte nach sofort erfolgter Arbeitsaufnahme ein unparteiisches Schiedsgericht entscheiden. Allerdings sollte der Schiedspruch nur dann für beide Parteien Geltung erlangen, wenn derselbe mit qualitativer Mehrheit zustande kommt. Es mußte demnach außer dem Unparteiischen noch ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer der Beteiligten zustimmen. Bei der Einstellung dieser Arbeitgebergruppe war daher schon mit aller Bestimmtheit zu erwarten, daß die Arbeitgeberseite jede weitere Erhöhung der Löhne ablehnen würden. Aus genauer Kenntnis der Taktik dieser Unternehmer erklärte sich unsere Verhandlungskommission mit dem freien Schiedsgericht zwar einverstanden, stellte jedoch die Bedingung, daß dieses Schiedsgericht bereits vor der Arbeitsaufnahme ein, um einen entsprechenden Spruch zu erlassen, damit die Kollegschaft bei eventuellem Nichtzustandekommen eines bindenden Schiedspruches ihre Handlungsfreiheit behält. Dieser abermalige Vermittlungsvorschlag, der geeignet war, den Streik binnen kurzer Frist beizulegen, wurde von den Unternehmern abgelehnt, weil er den lauber gesponnenen Plan der Unternehmer, ab Ende Mai jede Lohnerhöhung zu unterbinden, durchkreuzte. Also nicht die Arbeiter sind demnach an der Ver-

längerung des Streiks Schuld, sondern die Arbeitgeber mit ihrer hinterhältigen Taktik. Sie glauben, mit unsern Kollegen wieder in derselben Weise verfahren zu können, wie vor dem Kriege. Die Kollegen in diesem Bezirk werden sich jedoch durch die Flugblätter in ihrem berechtigten Kampfe um mehr Brot keinesfalls betreten lassen. Die übrige Bevölkerung kennt die Praxis der Steinbruchunternehmer im Bezirk schon zur Genüge. Die „objektiven“ Ausführungen sind nur an die Adresse jener Kreise gerichtet, die für die Arbeiter keine Bedeutung haben.

Die Steinarbeiter in diesem Bezirk können mit Stolz das Recht für sich in Anspruch nehmen, daß der Kampf von ihnen bisher in keiner Weise vergiftet wurde und sie auch stets die Hand zu einem annehmbaren Frieden geboten haben. Sie sind auch weiter dazu bereit, aber sie lehnen es ab, in die Fußstapfen der Unternehmereinigungen zu treten, denn die Beeinflussung der Deffenlichkeit beweist deutlich, wer die Urheber des Kampfes sind. Der Kampf wird auch nicht mit Flugblättern und Zeitungsartikeln entzündet, sondern durch das Gemeinschaftsgefühl der am Streik und an der Aussperrung Beteiligten. Wer das Recht auf seiner Seite fühlt, braucht keine moralische Stützung in Kreisen zu suchen, die von den Vorgängen im Beruf und deren schweren Steinbrucharbeit keine Ahnung haben. Was die Steinarbeiter verlangen, kann von den Steinbruchbesitzern ohne weiteres gezahlt werden. Unmögliches wurde noch nie verlangt, das wissen auch die Unternehmer. Deshalb ist ihre Schriftstellerei in diesem Kampfe ein harmloses Vergnügen, was ihnen gegönnt sein mag.

Görlich. Am 19. April fand eine gemeinsame Versammlung der Steinarbeiter und Steinseher in der „Erholung“ statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Kollegen Pfeife, 2. Geschäftliches, 3. Abrechnung vom 1. Quartal, 4. Bericht von den Lohnverhandlungen, 5. Verschiedenes. Zuerst wurde das Ablagen des Kollegen Strangfeld durch Erheben von den Plätzen geehrt. Kollege Pfeife hielt dann einen interessanten Vortrag über das Krankenkaswesen von seinen ersten Anfängen bis heute in der Stadt Görlich. Er führte auch an, wie die Krankenkassen ausgenutzt worden von verschiedenen Mitgliedern, hauptsächlich von jungen Leuten, und daß die teure Medizin einfach weggeschossen wird, auch daß verschiedene arbeitsunfähige Mitglieder beim Lang angetroffen wurden. Kollege Menzel gab dann die Abrechnung vom 1. Quartal in der Lokalkasse befindet sich zurzeit 466 Mark. Dann gab Kollege Schwindle den Bericht von den Lohnverhandlungen der Steinseher. Der Stundenlohn ist für Steinseher 1.05 Mark und für Hammer 85 Pfennig. Die Unternehmer wollen den Görlicher Kollegen einen Leistungsstarif aufzwingen, welcher aber von uns nicht angenommen werden kann. Die Steinseher sind stolz haben für den hellen Granit einen Ortszuschlag von 10 Prozent verlangt, der abgelehnt wurde, daraufhin haben sie gekündigt.

Steinseher und Pflasterer.

Cüstrin-Neustadt. Anschließend an die Lohnverhandlung vom 22. April fand am 23. April eine Mitgliederversammlung statt. Bericht über die Lohnverhandlung gab der Lokalkommission angehörende Kollege Schuster im Auftrage des Gauleiters. Kollegen Schenke, der weiterreisen mußte. Die Stundenlöhne wurden als 2. Nachttag des Tarifvertrages am 18. April wie folgt festgelegt: für Steinseher und Steinbauer: 1.05 Mark, Hammer: 0.95 Mark, Steinseherhilfsarbeiter: 0.75 Mark. Betreffs der Waise wurde einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Der Vorsitzende macht alle Kollegen darauf aufmerksam, die Versammlungen immer zu besuchen und treu zum Verbands zu stehen. Darauf wurde die Versammlung um 8 Uhr geschlossen. — Unsere Monatsversammlungen finden jeden Sonntag nach dem 1. des Monats im Lokal von Löbbitz, Weinbergstraße 27, statt.

Steinarbeiter.

Bremen. Beim Erscheinen dieser Zeilen stehen die Steinseher am Ort 5 Wochen in einem Abwehrstreik. Die Berufs Kollegen allerorts, besonders auch jene, die auf Bezirks- und Gau-Konferenzen das Verhalten unserer Zahlstelle nicht verstehen konnten, weil sie nicht genügend über die Bremer Verhältnisse unterrichtet sind, sollen durch nachstehendes Aufklärung erhalten!

Im Jahre 1919 wurde der Affordtarif, der seit 30 Jahren bestand, durch den Tagelohn abgelöst. Zugleich wurde der Siebenfundentag erkämpft, Ferien bis zu 14 Tagen, und sonst noch verschiedene Verbesserungen. Die gewerkschaftliche Disziplin war den Steinseher das höchste; keine Uneinigkeit ist hier am Platze gewesen. Konnten sich die Bremer doch auf sehr viel Material stützen in Sachen Berufskrankheit, da hier nur der bekannte Oberkirchner-Sandstein verarbeitet wird. Es war auch in der Inflationszeit sehr viel Arbeit am Ort, und so kam es, daß jeder, der kam, eingestellt wurde. Daß da aber Verhältnisse eintriften, die uns und den Unternehmern unlieb waren, kam sich jeder lebhaft denken. Die Zeit kam, wo der Unternehmer Material genug hatte, um uns zu beweisen, daß bei diesen Verhältnissen nicht mehr feste Submissionspreise abgegeben werden konnten. Hier muß noch erwähnt werden, daß die drei größeren Unternehmer den Umbau der Baumwollbörse in Tagelohn fertigstellten, wo wir bereits 2 Jahre mit 40-50 Kollegen arbeiteten. Als die stabile Währung kam, waren wir die erste Gruppe von Arbeitern, die sich einen stabilen Lohn erjodeten, mit 60 Mk. pro Stunde. Es wurde hierüber viel geräuschelt, besonders von den Bauarbeitern. Da kam der böse Winter, von 1923 auf 1924. Die Kollegen, die an der Börse waren, mußten am 27. Dezember ausziehen. (Grund: Kälte.) Die auf dem Platz arbeiteten weiter. Am 2. Januar 24 kam der Ufas heraus: „Wer für den alten Tarif von 1914 arbeiten will, kann arbeiten.“ Da hat sich kein Kollege erlaubt, hiergegen Front zu machen. Nach 3 Wochen wurde dieser Tarif dann mit einzelnen Veränderungen von der Versammlung gegen 3 Stimmen angenommen. Damals wurde von der Lokalkommission den Unternehmern die Schändlichkeit ihres Verhaltens vorgeworfen: der lange Winter, die Ausnutzung unserer Kampfunfähigkeit. Es wurde des weiteren erörtert, daß sie ihr prozenthaftes Verhalten mal bitter bereuen würden. Dieser Zeitpunkt ist nun gekommen; es kam so:

Am 1. Januar 1925 wurde der Tarif gekündigt, und zwar zum 1. April, zwecks Ausbesserungen einiger Positionen. Dieses mußte uns aufgefallen werden, da der Tarif über 40 Jahre alt und reparaturbedürftig war. (Man nehme nur die Baumwolle von heute und früher an.) Es mußte hier viel nachgeholt werden. Von beiden Seiten wurde sehr wenig Neigung zum Verhandeln gezeigt. Wir hatten einen gewissen Grund dabei. Kurz vor dem 1. April hatte sich die Werksteingruppe mit der Grabmalgruppe vereinigt, die die Werksteinunternehmer in der Inflationszeit mit geprengt hatten, weil mit den Leuten kein Verhandeln möglich war. Jetzt schien ihnen das eine günstige Gelegenheit, wir lehnten das ab. Und so kam der 1. April an. Laut besonderer Abmachung stand uns eine fünfprozentige Lohnerhöhung zu; diese wurde uns abgelehnt. Es wurde ein Ultimatum von uns gestellt: bis Montag mittag zu erklären, wenigstens diesen Aufschlag zu zahlen und in Verhandlung zu treten, sonst ruht die Arbeit! Es kam keine zusage Antwort, und so wurde einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis der Tagelohn wieder eingeführt ist. — Die Unternehmer haben uns den Abwehrkampf aufgezwungen, uns aber auch gezwungen, den Tagelohn auszukämpfen, denn wir sind unsere Sache sicher. Einstimmig stehen die Kollegen hinter diesem Beschluß. Die Hälfte der Kollegen ist abgereist, und die übrigen werden dafür sorgen, daß es den Unternehmern mit Zinseszinsen heimgezahlt wird, was sie an uns im vorigen Jahre gekündigt haben.

Die Kollegen Westfäly und Dünne, Hamburg, haben sich auf der Gaukonferenz über die Zahlstelle Bremen geäußert. Hoffentlich tragen die vorstehenden Zeilen zur Aufklärung und zum Verstehen bei. Fünf Jahre haben wir die siebenfundentag Arbeitszeit. Keine Zahlstelle hat es fertiggebracht, unsere Position zu untergraben; wir standen eben allein. Daß dieses mit der Zeit unhaltbar war, konnte sich wohl jeder denken. Doch hierüber mehr zu schreiben, nimmt zu viel Raum in Anspruch. Damit muß sich schon der Verbandstag beschäftigen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in

den verschiedenen Bezirken Deutschlands so grandverschieden sind. Was nützen uns denn in den Städten noch so hohe Löhne und besondere Arbeitsbedingungen, und die Arbeiten werden in den Bruchgebieten für die Hälfte Geld geliefert.

Noch ein paar Worte über das unkollegialische Verhalten zweier Steinmehnen. Trotz Versammlungsvorbereitungen haben es die beiden Steinmehnen Adernann und Krebs fertiggebracht, Kunststein als Zwischenunternehmer zu übernehmen. Zwei Steinmehnen legten am Postneubau, bei der Fa. Kühning u. Sohn, wegen Differenzen die Arbeit mit nieder. — Adernann und Krebs übernahmen dann auch diese Arbeiten, erklärten Tags zuvor ihren Austritt aus dem Verband, machten aber ihre Bücher nicht in Ordnung. Da Adernann immer bei jeder Gelegenheit betonte, ein guter Gewerkschaftler zu sein (er war einmal Vorsitzender der Zahlstelle), auch seine Parteizugehörigkeit immer in den Vordergrund stellte, so ist sein Verhalten besonders zu verurteilen. Tschick.

Bayrischer Wald-Oberpfalz. Der Kollege H. Walther vom Zentralvorstand hielt Anfang April mehrere Versammlungen ab und stellt uns darüber folgenden Bericht zur Verfügung:

Die Versammlungen in beiden Bezirken fanden vor allem in den Orten statt, wo die Mitgliederzahl in letzter Zeit eine Abnahme erfahren hatte. In den Zahlstellen Fürstentum und Litzling war dieses besonders in Erscheinung getreten. In beiden Orten hatten wir in der Inflationszeit starke Mitgliederzahlen aufzuweisen, die in letzter Zeit mehr und mehr ins Wanken kamen. Trotzdem die Konjunktur zurzeit eine gute für die Plastersteinindustrie ist, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen war. Über gerade in diesen beiden Orten ließ der Versammlungsbuch zu wünschen übrig. Die Ortsverwaltungen hatten sich die größte Mühe gegeben, volle Versammlungen zusammen zu bringen, um die Kollegen von ihrer Laune aufzuklären, leider aber nicht mit dem entsprechenden Erfolg. Zur Entschuldigend kommt der weite Umkreis mit in Betracht, da die Kollegen vier bis fünf Stunden entfernt voneinander wohnen. In Fürstentum wurde von einigen Kollegen, die den Verband hatten fallen lassen, die Erklärung abgegeben, ebenfalls wieder für den Verband zu wirken, da die Folgen der Organisationslosigkeit sich bereits bemerkbar machen.

Die übrigen 7 Versammlungen waren gut, zum Teil sehr gut besucht. In mehreren Orten kam zum Ausdruck, daß jahrelang keine so stark besuchten Versammlungen zu verzeichnen waren. Schon die Ankündigung der Versammlungen hatte bewirkt, daß ein ganz erheblicher Teil Kollegen bereits wieder in den Verband eingetreten war und restlos sich wieder angeschlossen hatte.

In Niederbayern haben wir die niedrigsten Lohnsätze in der Steinindustrie mit zu verzeichnen, und es ist ohne weiteres zu verstehen, wenn auch in diesem Bezirk eine bessere Entlohnung fürmisch verlangt wird. Leider waren die Verhältnisse schon vor der Kriegszeit fast die gleichen, da aber die Teuerung in diesem Bezirk sich gegenüber der Vorkriegszeit stark bemerkbar macht, ist die Forderung unserer Kollegen zu begreifen, die niedrigen Niederbayrischen Lebensmittelpreise gehören der Vergangenheit an.

Andererseits muß aber auch betont werden, daß die getroffenen Abmachungen, die der Verband durch jahrelange harte Arbeit erzwungen hat, von den Kollegen teilweise nicht eingehalten werden, trotzdem dieses von den Unternehmern nicht verlangt wird. Die Arbeitszeit, wie sie durch den Reichsarbeitsvertrag festgelegt ist, wird leider in einigen Orten nicht beachtet. Hier muß sich die Einsicht der Kollegen durchbringen, die getroffenen Vereinbarungen auch festzuhalten, damit sich jeder vor weiteren Nachteilen schützen kann. Hoffen wir, daß die Kollegen ihr Versprechen einhalten, und die getroffenen Erzeugnisse in der Zukunft hochhalten.

Ramenz. Eine für den 18. April einberufene Bezirkskonferenz fand im Gasthaus zum Löwen in Ramenz statt. Anlaß zu dieser Konferenz war die Anstellung eines Ortsangestellten für Ramenz und die anschließenden Zahlstellen. Ein Kollege unserer Zahlstelle hatte aus eigenem Antriebe ein Schreiben vorgelesen, in dem er an den Zentralvorstand geschickt. Aus diesem Anlaß hatte sich der Zentralvorstand Kollege Winkler (Weipzig) sowie der Gauleiter Kollege Mühle (Dresden) zu dieser Konferenz eingefunden. Ferner hatten auch die Zahlstellen Häslich und Königsbrück Vertretungen geschickt. Die Zahlstelle Kindisch war nicht vertreten. In der Aussprache befürworteten die Kollegen Mühle und Wagner die Anstellung eines Lokalangestellten. Begründet wurde dieses durch den gegenwärtigen und wohl auch anhaltenden Andrang in der Steinindustrie, welches wiederum die Eröffnung vieler Kleinbetriebe zur Folge hat, sowie durch die Ausdehnung durch die Schotterbetriebe Kolchenberg, Schwarzhof und Weipzig, wo noch viele Mitglieder zu gewinnen sind. Andererseits erfordert die Regelung der Organisation und Agitation Fernbleiben von der Arbeit, das sei für die Dauer nicht angängig. Alles dieses wird jetzt vom Zahlstellenvorsitzenden Wagner zu äußerster Zufriedenheit erledigt. Kollege Winkler (Weipzig) überbringt zunächst die Grüße des Zentralvorstandes und pflichtet in den weiteren Ausführungen den beiden Borrednern bei. In der weiteren Debatte sprachen einige Kollegen dafür, die andern dagegen. Die Kollegen Winkler (Weipzig) und Mühle (Dresden) stellen die Anstellung als eine dringende Notwendigkeit hin, fuhren auf der praktischen Arbeit, die noch zu leisten ist. Es wird hierauf eine Abstimmung per Stimmentel, die nicht bindend ist, vorgenommen. Die Abstimmung der Delegierten ergibt 15 Stimmen dafür, 6 dagegen, 5 ungültig. Das Ergebnis ist, daß diese Angelegenheit noch nicht spruchreif ist. Hierauf wurde die Konferenz geschlossen. Es tritt eine Pause ein. Dann wird zur Vollversammlung übergegangen. Nach Beginn wird das Ableben des Kollegen Bernhard Förster durch Erheben von den Plätzen geehrt. Anschließend hält Kollege Winkler ein Referat über Verhältnisse in der Natursteinindustrie und führt aus, daß die Natursteinindustrie noch viel mehr in Anspruch genommen werden könnte, wenn das gebaut würde, was zu bauen noch notwendig ist. Redner weist ferner auf die Notwendigkeit des internationalen Einverständnisses und Zusammenschlusses hin, sowie auf die Rechte der Arbeiter und deren mangelhafte Ausnutzung, und daß dem Arbeiter Arbeiterchutzgesetze nichts nützen, wenn hiervon nicht Gebrauch gemacht wird. Ferner mahnt der Redner noch zur Treue zum Verband. Die hierauf einsetzende Debatte ergibt nichts Wesentliches. Anschließend gibt Gauleiter Mühle noch verschiedene Erklärungen über die letzten Teuerungs- und Tarifverhandlungen. Die Abrechnung vom ersten Quartal ergibt für die Zentrale 2960,30 M. Ein- und Ausgabe. Einnahme für die Lokalkasse 1872,22 M. Ausgabe 1417,05 M. Bestand 455,17 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des ersten Quartals 570, darunter 3 weibliche. Hieran werden die Ausführungen zur Maisei bekanntgegeben. Ferner werden die Sammellisten für die streitenden Kollegen besprochen und die niedrigen Beiträge bemängelt. Die Kollegen Winkler und Mühle mußten des Bahnanschlusses wegen für uns nur allzu früh die Versammlung verlassen. Es hätte noch manches besprochen werden können. Außerst störend wirkte eine im Nebenraum stattfindende andre Versammlung. Schiefer.

Wandsberg a. d. Warthe. Versammlung der Steinarbeiter vom 24. April 1925 im Vereinslokal Marks. Anwesend waren sämtliche Mitglieder, auch war unser Gauleiter P. Schenke-Neußlin erschienen. Nachdem die übliche Tagesordnung erledigt, referierte der Gauleiter über den Verbandstag im Mai. Ebenfalls erfuhr er die Kollegen bei der bevorstehenden Präsidentenwahl nur dem Republikaner die Stimme zu geben. Gleichzeitig wurde noch ein Lohnabkommen für die Steinmehnen erledigt, wonach der Lohn um 0,20 Mark pro Stunde erhöht wurde.

Brenslau. Für die Sektion der Steinmehnen fand am 26. April eine Lohnverhandlung statt, zu der auch Gauleiter Schenke anwesend war. Die anschließende Versammlung erklärte sich mit dem Verhandlungsergebnis einverstanden. Der Vorsitzende sprach namens der Versammlung der Verhandlungskommission das Vertrauen aus. Nachdem noch interne Verwaltungsfragen geregelt, wurde mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Aus der Natursteinindustrie. Die Verhandlungen über Ein- und Ausfuhr von Steinprodukten zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Steinindustrie, es kommen hier die Plasterstein- und Schottergruppen in Frage, haben zu einem Abkommen geführt. Die deutsche Gruppe übernimmt jährlich eine bestimmte Menge Begebaustoff aus der Tschechoslowakei zum Vertrieb. Das hat wiederum zur Gründung einer Naturstein-Gesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Berlin geführt. Diese Art Regelung ist neu und eigenartig, beweist aber auch die Aussicht der Plasterstein- und Schotterindustrie für die kommenden Jahre. Hoffentlich hat der deutsche Reichsschotterverband bei dieser Regelung auch die übrigen Gruppen der Natursteinindustrie gefragt? Denn unseres Wissens sind darunter nicht wenige Betriebe, die jeder internationalen Verständigung abhold sind. Wenigstens den Steinarbeiter hält man oft die internationale Verständigung und Zusammenarbeit als abwegig und als Vaterlandsverrat vor.

Für die Steinarbeiter ist diese eigenartige „Schutzregelung“ zwischen deutschen und tschechoslowakischen Steinindustriellen ein besonderes Kennzeichen der heutigen Wirtschaftsordnung, über das gelegentlich noch mehr zu sagen wäre. Die Gründung der neuen Gesellschaft m. b. H. wurde am 7. März 1925 vollzogen, sie ist im Gegenjahre zu der bisher üblichen Zammerei und Kofscherei in der Natursteinindustrie einfach eine Lat, die der Natursteinindustrie zugute kommt.

„Eine neuartige Plasterung am Reichstag.“ Die Baugewerkszeitung vom 30. April, Nr. 17, leistet sich unter dem angeführten Stichwort folgende Notiz:

„Wie wir hören, sind ungeheure Gummiladungen aus den Gummiländern (Südamerika, Afrika) unterwegs. Die ersten Schiffe sind bereits in Hamburg eingetroffen. Man beabsichtigt, die Straße rings um das Reichstagsgebäude mit Gummipflasterung zu versehen. Die Plasterung soll sich in einigen Städten Südamerikas bewährt haben. Berlin soll als weiterer Versuchsboden benutzt werden. Das Unternehmen finanziert der bekannte Neugorfer Geldmann Morgan.“

Die Notiz enthält noch einige spöttige Bemerkungen auf die ruhebedürftigen Abgeordneten. Doch worauf es in dieser Notiz ankommt, daß ist die Gummipflasterung. Wenn die „Baugewerkszeitung“ die Notiz nicht selber auf dem Gewissen hat, dann ist sie sicher einem verspäteten Aprilscherz zum Opfer gefallen. Wir wissen sogar, daß die in Hamburg eingetroffenen jetzigen Gummimengen für etwas ganz anderes vorgesehen waren. Es war nämlich gedacht, bei der evtl. Wahl des Republikaners Marx zum Reichspräsidenten Fußboden, Wände und Türen in den Arbeitsräumen einiger Schwarz-weiß-roten Reaktionen mit Gummi zu versehen. Der Wahlausgang hat das überflüssig gemacht, die Ursache von Tobuchtsanfällen ist ausgeblieben.

40 Jahre Buchbinderverband. Am 1. Mai 1885 begann die Organisation der Buchbinder und Papierverarbeiter mit ihrer zentralen Kulturarbeit. Die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Organisationsarbeit hat diesem Verbande noch größere Schwierigkeiten bereitet als mancher andern Organisationen. Die Mädchen- und Frauenarbeit drückt den Großbetrieben in der Buchbinderbranche zum Teil die Eigenart auf. Ende 1924 zählte der Verband rund 54 000 Mitglieder, davon waren weiblich 36 443. Die Buchbinderzeitung Nr. 18 vom 26. April 1925 ist aus Anlaß des 40jährigen Bestehens wirklich eine Musterausgabe; nicht nur im Druck und Papier, sondern auch inhaltlich. Die weitere Entwicklung wird den Buchbinderverband zweifellos ebenso rühmig finden für den engeren Beruf wie auch in Reich und Glied in der Gesamtbewegung.

Das neue Urlaubsgesetz in der Tschechoslowakei. Nach jahrelanger Verhinderung hat das tschechische Parlament endlich das Gesetz über den Arbeiterurlaub angenommen. Jeder dauernd beschäftigte Arbeiter hat das Recht auf einen Urlaub von sechs Tagen im Jahre, nach zehn Jahren auf sieben Tage, nach 15 Jahren auf acht Tage. Lehrlinge haben bereits nach einem halben Jahr Anspruch auf acht Tage Urlaub. Der Urlaub ist vom 1. Mai bis 1. September nach Vereinbarung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu gewähren. Das neue Gesetz stellt einen begrüßenswerten Fortschritt dar. Man darf aber nicht aus den Augen verlieren, daß vor kurzem ein Gesetz in der Tschechoslowakei angenommen wurde, das eine ganze Reihe bisher arbeitsfreier Feiertage abschafft, wodurch die Arbeitstage wesentlich vermehrt werden.

Künster Deutscher Bauhüttenstag. Der Verband sozialer Baubetriebe beruft den fünften Deutschen Bauhüttenstag auf die Zeit vom 14. bis 16. Mai nach München ein. Die Tagung verläuft in eine öffentliche und in eine geschlossene Sitzung. In der öffentlichen Sitzung am 15. Mai, zu der auch die Regierungler des Reiches und der Länder, eine Reihe großer deutscher Städte sowie die öffentlich-rechtlichen und gemeinnützigen Bauauftraggeber eingeladen sind, wird Herr Finanzminister a. D. Hermann Lüdemann über „Die Bauhütten im Wirtschaftskampfe“, Herr Geheimrat Dr. H. Baohem, Direktor der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu Berlin, über „Geldmarkt und Baugewerbe“, Reichstagsabgeordneter Hermann Silberschmidt über den „Sturm auf die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen“ und Herr Architekt Richard Vincke über „Die wirtschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe“ sprechen. In der geschlossenen Tagung am 16. Mai sollen organisatorische Fragen der Bauhüttenbewegung behandelt werden. Mit der Tagung ist eine kleine Ausstellung sowie die Besichtigung der Bauhütte München und Südbayern und am Sonntag ein gemeinsamer Ausflug ins bayrische Hochland verbunden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Abrechnung des 1. Quartals fehlte am 5. Mai trotz wiederholter Aufforderung noch aus folgenden Zahlstellen:

- 1. Gau Nordost: Belgard, Brandenburg, Marienburg, Braunsberg.
- 1. Gau Nordwest: Fürstentum, Straßund, Többerbüren, Stargard.
- 2. Gau: Frankenstein, Jauer, Senftenberg.
- 4. Gau: Alvensleben, Arnstadt, Cölleba, Einbeck, Holzen, Güsten, Holenberg, Mellenbach, Nordhausen, Osterwald, Reiffenhäusen, Schladen, Schönebeck, Schöningen, Stendal, Wölferbütt, Wrezen, Bezirk Kassel.
- 5. Gau: Bielefeld, Bochum, Crefeld, Eberfeld, Gladbeck, Gummersbach, Horstmar, Paderborn, Remscheid, Rhendt, Singig, Westfalen, Brühl.
- 6. Gau: Altkleinigen, Bretten, Contwig, Dossenheim, Siebelsbrunn, Speyer, Stuttgart, Waldbrunn.
- 7. Gau: Kiefersfelden, Kringell, Neuhaus.
- 8. Gau: Feggenbach, Maroldsweisach, Roth o. R., Stadtprojekten, Rothenburg o. T.
- 9. Gau: Almdorf (Kr. Wehlar), Almdorf (Oberlahnkreis), Aplar, Driedorf, Fulda, Hochstetten, Gedern, Geilnau, Langendernbach, Lippe, Lollar, Lonsdorf, Merenberg, Odersbach, Spremlingen, Steinau, Willmar, Weitefeld, Zinheim.

Nur der 8. Gau zeigt keine Lücke. Für die Zahlstellenmitglieder, Bezirks- und Gauleiter ist die vorstehende namentliche Aufführung der Filialen eine Anregung.

Auf Antrag der Zahlstelle Rudolstadt wurde der Hilfsarbeiter A. Röbel wegen Nichtbeachtung eines Sperrebeschlusses; auf Antrag der Zahlstelle Gruitzen der Kassiererin Wilhelm Küper wegen verhandelschädigenden Verhaltens aus dem Verband ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Biernitz (Schlesien.) Für die streitenden bzw. ausgesperrten Kollegen in Löbau und Oberpeila gingen nachstehende Beträge ein: Biernitz 47,40 M., Goldberg 12,60, Arnsdorf 130,60, Bunzlau 23,10, Neudorf a. Gr. 40.—, Girschtendorf 22,50, Greiffenberg 32.—, Königsheim 114,50, Nilsdorf 51.—, Löwenberg 10.—, Gortau 29.—, Strehlen 162,30, Großtundorf 123,65, Warthau 9,15, Strehlen, Göppersdorf 20.—, Naasdorf 21.—, Kerzdorf 21,20, Guben 20.—, Crumondorf 41,05, Goldberg-Taschenhof 20,80, Mauer a. B. 22,20 M. — Die ausgesperrten Kollegen in Oberpeila werden weiter unterstützt. J. A.: Senft, Gauleiter.

Peterzell im Schwarzwald. Die richtige Adresse für die Zahlstelle Peterzell heißt: Post: Unterkirnach Steinbruch, Amt oder bei Willingen im Schwarzwald. Jeder Kollege, der von hier abreist, möchte sich auch abmelden und sein Verbandsbuch oder seine Interimskarte mitnehmen. Otto Kastenberger, Kassierer.

Kringell. Für den Kollegen Bildl wurden übermittelt: Bon Trosta 6 M., Odmiesbach 6 M., Wieselach 5 M., Im Namen des Kollegen den Zahlstellen herzlichsten Dank. Joseph Biehl, Kassierer.

Delitzsch. Warne die umliegenden Zahlstellen vor dem Steinscher Wilhelm Burghardt, Interimskarte 9042, er ist wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen worden. Jeder Kollege hat sich vor Arbeitsaufnahme in unserm Bezirk erst beim Vorsitzenden Paul Krabel, Kathenau-Prömenade, zu melden. Otto Heinemann, Kassierer.

Adressenänderungen.

- 1. Gau: Neukettin (Pommern): Kass.: H. Lettow, Lindenstr. 34.
- 2. Gau: Jakubowiz. Kass.: Richard Starnopst, Bramiz.
- 6. Gau: Udenach. Vorl.: Georg Birk in Werlau, Kühler Grund (Odenwald).
- 7. Gau: Rindnach. Vorl.: Karl Zschuber, Kirchdorf in Wald (Niederbayern). Kass.: Josef Wildfeuer, Grünbügel, Post Kirchdorf Niederbayern. — Odmiesbach. Kass.: Johann Roth, Lampenrieth, Post Tannesberg.

Briefkasten.

A. J. Habe Bericht auch von anderer Seite erhalten, der als offiziell gilt; Deinen zurückgestellt.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Eine Ueberraschung bereitet der Verlag Brockhaus, Leipzig. Er findet das Mitte Mai beginnende Erscheinen des Kleinen Brockhaus an, eines einbändigen Handbuchs des Wissens. Hat schon der vierbändige „Neue Brockhaus“ in den paar Jahren, die er als erstes größtes Friedenslexikon vollständig vorliegt, seine allseitige Brauchbarkeit und unübertreffliche Zuverlässigkeit bewiesen, so wird der Kleine Brockhaus gewiß in noch weiteren Kreisen unentbehrlich werden, schon weil er trotz seiner Fülle von Stichwörtern (40 000) und der zahlreichen bunten und schwarzen Abbildungen und Karten (5400) in schmalen Einband bei Subskription nur 21 M. kostet. Und wenn diese Ausgabe auf einmal lästig fällt, der kann auf die Lieferungsabgabe subscribieren, die in 10 vierzehntägigen Lieferungen zu je 1,90 M. erscheint, so daß dieser kostbare Bildungsschatz während ungefähr eines halben Jahres wöchentlich nur 95 Pfg. erfordert. Dabei hat der Subskribent noch die Möglichkeit, sich an einem losenden, mit vielen Preisen ausgestatteten Preisausstreichen zu beteiligen, dessen erster Preis nicht weniger als 1800 M. beträgt. Wir werden unsre Leser über die Lieferungen unterrichten und benutzen die Gelegenheit, jetzt schon auf das bevorstehende Erscheinen des „Kleinen Brockhaus“, dieses Handbuchs des Wissens in einem Band, hinzuweisen.

„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift. Preis 30 Pfg., mit Schnittmusterbogen 40 Pfg. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Anzeigen

Granitsteinmetzen und Schleifer
werden für dauernde Arbeit eingestellt.
Granitwerk Köpfer, Sohmalkaden i. Thüring.

Auf sofort ein in allen Zweigen der **Grünmalbranche** selbstständig arbeitend, arbeitsfreudiger **Gehilfe** gesucht. (Grantschrift zeichnen und bauen, Herstellung u. Bearbeitung von Kunststein.) Der Betreffende muß auch mit der Kundschaft umgehen können. E. A. Frommhold, Ellenburg, Gartenstraße 5.

Suche sofort einen **Steinmetz, Granitschiffhauer** für dauernd. Gute Kost und Logis im Hause. Angebote an **Fritz Wiedemuth**, Grabsteingeschäft, Pritzwalk.

Mehrere tüchtige **Steinmetzen** auf Granit und Syenit und einen auf Marmor- und Muschelkalk sofort gesucht. **Süddeutsche Steinindustrie** Friesinger & Metzger, Kemigkofen Nonnenbach am Bodensee.

Gesucht 3 bis 4 tüchtige **Granitschiffhauer** von Johann Maier, S. elnha erol Monzenschwand, Amt Neustadt, Schwarzwald.

Suche sofort einen **Steinmetz (Kunststeinler)** Fr. Wiedemuth, Grabsteingeschäft, Pritzwalk, Bergstraße 7.

Mehrere **Steinmetzen** auf Cottaer Sandstein und Rochlitzer Porphy gesucht **Gebrüder Heidl**, Rochlitz i. S.

Pflasterhämmer sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag **Franz Wagner sen., Inh. Reinhold Wagner**, Berlin N. 30, Hochstraße 19

Tüchtigen Steinmetz für Kunststeinarbeiten stellt sofort ein **E. Hängel & Müller**, Kunststeinwerk Halle a. S., Canauer Weg 2.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingehandt werden:

In Hof am 27. März der Steinmetz **Karl Wergner**, 55 Jahre alt, Lungenentzündung.

In Lütchenbach am 2. April der Schiefermeister **Fritz Koser**, 45 Jahre alt; der Brecher **Ernst Kühmann**, 33 Jahre alt; der Bohrer **Hermann Schwald**, 22 Jahre alt, alle drei durch Betriebsunfall beim Sprengen.

In Frankfurt a. O. am 12. April der Steinmetz **Wilhelm Seelig**, 45 Jahre alt, Blutvergiftung.

In Dresden am 19. April der Sandsteinmetz **Karl Wilsch Heine**, 41 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In Ruhmannsfelden am 19. April der Plastersteinmacher **Johann Steinleitner**, 20 Jahre alt, Lungenleiden.

In Belgard am 20. April der Kammer **Karl Bählow**, 50 Jahre alt, Lungenentzündung.

In Demitz-Thumitz am 27. April der Plastersteinmacher **Ernst Steglich**, 57 Jahre alt, Herzschlag.

Ehret ihrem Andenken!
Verantwortliche Schriftleitung **Hermann Stebold** Verlag von **Ernst Winkler** beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.